

W
N
U
S

TAGESZEITUNG

Besprechung von und der

Wortlaut des Kommunistischen Presseamtes beim Mittwoch auf Wunsch der Konferenz der Evangelischen Kirche innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik

Am 28. August 1953 nahmen sechzehn der Kirchen teil: Bischof Dr. Dibelius, Ratsvorsteher und Generalvikar der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Mittermeier, Bischof Dr. Müller, Bischof Dr. Reuter, Medienberater, Bischof Dr. Hahn, Dresden, Bischof Dr. von Schevenen, Greifswald, Oberkirchenrat Schröder, Domkapitular, Oberkirchenrat Frink, Kardinal Dr. Gasser, Generalvikar und Krimmelmacher, Berlin, Propst Dr. Grüber, Bevollmächtigter des Rates der DDR bei der Regierung der DDR.

Als Vertreter des Ministeriums waren anwesend: Der Ministerpräsident Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Oskar Naumann, der Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst, Minister Dr. Wiedel, der Minister für Staatsicherheit, Zausser, und der Vertreter des Staatssekretariats für innere Angelegenheiten, Großhansch.

Gegenstand der Besprechung war die Überprüfung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik. In der vom Geiste der gemeinsamen Freundschaft getragenen Verhandlung wurde für die Wiedereröffnung eines normalen

stand am Ende eines Eskalationsprozesses. Die SED-Führung versuchte, den „beschränkten Aufbau des Sozialismus“ mit totalitären Methoden zu erzwingen. Seit Jahresbeginn 1953 wurden Bauern aus dem Lande gedrängt, Selbstständige und andere „bürgерliche Elemente“ schikaniert und die Kirchen verfolgt. Ein zentrales Angriffsziel der staatlichen Repression war die kirchliche Jugend – die evangelische „Junge Gemeinde“ und die katholische Pfarrjugend –, die an den „Erweiterten Oberschulen“ viele Mitglieder hatte. In den Wochen vor dem 17. Juni wurden Hunderte Jugendliche wegen ihres Engagements von den Schulen verwiesen. Die sowjetische Besatzungsmacht nahm die wachsende Verbitterung der ostdeutschen Bevölkerung bewusster als die SED wahr und zwang die DDR-Regierung Anfang Juni 1953, unter anderem die Zwangs-

maßnahmen gegenüber den Kirchen zurückzunehmen. Dieses Zurückweichen gibt der abgedruckte Presseartikel vom 12. Juni 1953 aus der Tageszeitung der CDU der DDR „Neue Zeit“ wieder. Da längst nicht alle repressiven Maßnahmen, insbesondere die die Arbeiterschaft betreffenden Normerhöhungen, revidiert wurden, kam

M nach zehn Jahren — Lebensgemeinschaft mit einem Wurzelphilodendron

ie in Europa bilben, im 4. oder 5. Jahr in größere Trofs und tragen nach 8 bis 10 Jahren Blüten. Bei der ersten Blüte wird die Selektion vorgenommen, um die schönsten Typen für Schnittblumen zu erhalten.

Lebensvoraussetzungen: Chemie und Biologie — Holstet ist eine gesuchte Warmhaus-Orchidee, die Blüte, sogenannte „Dinger“, ist ein Meisterwerk der Natur.

Die Orchidee lebt in Gemeinschaft (Symphysis) mit einem Wurzelphilodendron, der nicht jemals allein überlebt.

Der Pilz ist ein wunderbares Beispiel für die Einheit von Form und Funktion. Er ist ein einzelliges Lebewesen, das aus einer einzigen Zelle besteht, die sich in verschiedene Teile unterteilt hat. Diese Teile haben unterschiedliche Funktionen: der Hut ist die Fruchtkörper, der Stiel ist die Sprossachse, und die Fäden im Inneren sind die Verdauungsorgane. Der Pilz kann auf verschiedene Weise ernähren: er kann durch photosynthetische Prozesse Energie gewinnen, oder er kann durch Parasitismus oder Bakterienfressung leben. Er kann auch durch Sporenlösung oder vegetative Vermehrung sich vermehren. Der Pilz ist ein wichtiger Bestandteil des Ökosystems und spielt eine wichtige Rolle in der Erhaltung der Natur.

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR stand am Ende eines Eskalationsprozesses. Die SED-Führung versuchte, den „beschleunigten Aufbau des Sozialismus“ mit totalitären Methoden zu erwidern. Seit Jahresbeginn 1953 wurden

den Bauern aus dem Lande gedrängt, Selbststätige und andere „bürgerliche Elemente“ schikaniert und die Kirchen verfolgt. Ein zentrales Angriffsziel der staatlichen Repression war die kirchliche Jugend – die evangelische „Junge Ge-

meinde“ und die katholische Pfarrjugend –, alle an den „Erweiterten Oberschulen“ viele Mitglieder hatte. In den Wochen vor dem 17. Juni wurden hunderte Jugendliche wegen ihres Engagements auf den Schulen verwiesen. Die sowjetische Bevölkerung nahm die unzumutbaren Maßnahmen mit großer Verachtung.

ung der ostdeutschen Bevölkerung bewusster als die SED wahr und zwang die DDR-Regierung Anfang Juni 1953, unter anderem die Zwangsmaßnahmen gegenüber den Kirchen zurückzunehmen. Dieses Zurückweichen gibt der abge-

druckte Pressartikel vom 12. Juni 1953 aus der Tageszeitung der CDU der DDR „Neue Zeit“ wieder. Da längst nicht alle repressiven Maßnahmen, insbesondere die Arbeiterschaft belastenden Normerhöhungen, revidiert wurden, kam

Wolfgang Tischner
Wissenschaftliche Dienste / Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

schick den fleckigen Heringen, selten von Fleden kann man herbringen, sei es Tinte oder Roast oder Wagen schmecke. Keines schmeckt Stiele, bleibt ein Gewebe, Restlos ist der Fleck verschwunden. Wie der Hund, wie eine Blüte hat die Fledenfrau, die sie jedem Kunden aus Hessen

DEUTSCHLAND-AUSGABE
VERTRÄG DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE

on Vertretern des Ministerats Evangelischen Kirchen

niques des Presseamtes beim Ministerpräsidenten

Ministerpräsidenten leit
ischen Landeskirchen
ablik und auf Veran-

Deutschen Jugend eine Klarung über alle sti-
tigen Fragen in bezug auf die „Junge Ge-
meinde“ herbeizuführen.

2. Alle im Zusammenhang mit der Über-
prüfung der Oberschüler und der Diskussion
über die Tätigkeit der „Jungen Gemeinde“ aus
den Obereschulen entstehen Schüler sind sofort
wieder zum Unterricht einzulassen. Es ist ihnen
die Möglichkeit zu geben, die verpassten Prä-
fungen nachzuholen. Wegen der Wiedererstel-
lung der aus dem gleichen Anlaß entlassenen
Lehrer hat das Ministerium für Volksschulung
eine sofortige Prüfung und Entscheidung durch-
zuführen.

3. Alle im Zusammenhang mit der Zugehörig-
keit zur Evangelischen Studentenmission oder
Studenten-Gemeinden ausgespro-
chenen Exmatrikelurkunden sind sofort von dem
Staatssekretariat für Hochschulen zu über-
prüfen und bis zum 1. Januar 1953 zu entscheiden.

4. Das Ministerium für Volksschulung hat
Richtlinien über die Abhaltung des Rekollo-
quiums in den Schulgebäuden erordnet.
Unterstrichen in den Schulgebäuden steht:
„Die Besprechung zwischen Vertretern des Ministerates und Ver-
tretern der Evangelischen Kirchen statt.“

lüssung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl fand am 16. Juni 1953
die Besprechung zwischen Vertretern des Ministerates und Ver-
tretern der Evangelischen Kirchen statt.

Rekolloquiumsverrichtes in den Schulgebäuden
sind zu überprüfen und zu bestätigen.
5. Die beschäftigbaren Einrichtungen und
Anstalten kirchlichen Charakters sind an die be-
freiten Verwaltungen zurückzugeben. Das be-
treffende Pfeilchen steht in Magdeburg.
Die Neinstädter Anstalten in Neinstadt und das
Ahlensche Krotz Jesen Ester. Das
Schloss Mansfeld bleibt dagegen in der Ver-
waltung des Kombinats Mansfeld und dient als
Kulturaus- und Erholungshaus für Bergarbeiter
des Kombinats Mansfeld.

6. Wegen der Befolgung und Verteilung der
Festentnahmen in den Kirchlichen Heimen an der
Festenzeit wird die Durchführung und Entscheidung
denn Staatssekretariat für Innere Angelegenhei-
ten übertragen.

7. Die Urteile der Gerichte sind zu überprü-
fen und ungerechte Haftene zu beseitigen.
a. Die Verordnung über die Annahmepflicht
von Veranstaltungen vom 29. März 1951 ist zu
überprüfen und Häften sind auszureichen.

a. Die statlichen Zuschlüsse an die Kirchen-
zulassungen nach den vereinbarten Regeln zur Aus-
zahlung gebrochen.

Anordnungen der Regierung der DDR

Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten

NITRÖ LADY. Von Freudenthal seinem politischen Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Republik hat angeordnet, daß soziale Verantwortungen, die die Entwicklung der Bauernwirtschaften behindern, aufgehoben werden. In der Belegerung der Deutschen Demokratischen Republik steht fest, daß in letzter Zeit eine Übereinstimmung mit den Vorschlägen, die auf der gemeinsamen Konferenz der Vertreter der werktätigen Bauern, der Landwirtschaftlichen Maschinen-Traktoren-Stationen und der Vertrieber des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands angetreten waren, die Regierung folgendes veranlaßt:

1. Die Verordnung vom 19. Februar 1953 betreffend Übernahme destruktiver Betriebe wird aufgehoben. Es wird untersagt, in landwirtschaftlichen Betrieben wegen Nichterfüllung der Ablieferungsverpflichtungen oder wegen Steuerrückständen Treuhänder einzusetzen.
2. Das Kreditrichtlinien der Deutschen Bauernbank vom 6. Dezember 1952 werden aufgehoben. Die Bauernbank ist ermächtigt, alle Bauernwirtschaften kurzfristig zu gewähren, mit deren Hilfe die Entwicklung der Bauernwirtschaften möglich ist. Antrag können sowohl werktätige wie Großbauern auch langfristige Kredite erhalten.
3. Die Ertasseungsorgane und Steuerbehörden sind verpflichtet, die Ableiterung Wellerbringung so durchzuführen, daß Steuern, Strafen, die im